

Die Bedeutung der ICT für die Schweiz aus politischer Sicht

von Ständerat Dr. Peter Bieri, Zug

Nachdem ich mich im Ständerat als Amtsältester an vorderster Front für die Beibehaltung des Abstimmens mit dem Erheben der Hand und gegen die elektronische Form stark gemacht habe und in der Folge wegen wiederholter Zählpannen dann doch noch überstimmt wurde...

Nachdem ich vor über dreissig Jahre mit der Least Square Methode Regressionsanalysen bei meiner Dissertation an der ETH zwar mit dem Grosscomputer gerechnet und dabei auch noch etwas Fortran programmiert habe, die Arbeit dann aber infolge Fehlens eines Schreibprogrammes mit der IBM Kugelpopfschreibmaschine abgetippt habe...

Und nachdem es mich in der Schweizer Armee weder zu den Übermittlungstruppen und schon gar nicht zu den IT-Spezialisten sondern zur hippomobilen Truppe, zu den Pferden, geschlagen hat...

Ja, nach diesen Voraussetzungen bin ich eigentlich wenig geeignet, Ihnen hier die Bedeutung der ICT für die Schweiz aus politischer Sicht zu erklären.

Immerhin habe ich den Schritt ins 21. Jahrhundert und damit ins digitale Zeitalter auch irgendwie geschafft und kann Ihnen versichern, dass ich diesen Vortrag hier nicht mit der Kugelpopfschreibmaschine, sondern mit dem mir vom Bund zur Verfügung gestellten Laptop geschrieben habe.

Vielmehr noch darf ich Ihnen vermelden, dass sich in unserer Familie einiges getan hat. Lernte der Vater noch an der ETH, wie man Kühe an der Viehschau punktiert, damit am Schluss die Schönste zuvorderst steht, und wie man Kartoffeln richtig setzt, damit der Ertrag sich im Verhältnis zum Saatgut vervielfacht, so hat es die nächste „Generation Bieri“ an der gleichen Hochschule dazu gebracht, wie man mit Computermodellen die optimale Staumauerkrümmung berechnet, mit dem Elektronenmikroskop neuester Generation Proteinstrukturen auf Ribosomen erkennen kann und - auch das darf ich vermelden - hat unsere Tochter Mathematik und Informatik studiert und unterrichtet diese Fächer sogar heute am Zuger Gymnasium. Auch unser zukünftiger Schwiegersohn hat in Astrophysik doktriert, wobei ich feststellte, dass er nachts nie in den Himmel hinauf starrte, sondern wochenlang auf seinem Laptop „herumturnte“, was uns vermuten liess, er nehme an, das Firmament befinde sich in Zukunft nicht mehr am Himmel sondern auf dem Bildschirm.

Nun, im Latein haben wir – damals noch ohne Computerlehrprogramm, dafür mit dem berühmten Lehrbuch *Ars Latina* - den Vers gelernt: *Tempora mutantur nos et mutamur in illis*. Die Zeiten ändern sich und wir ändern uns in ihnen. Aus dieser Sicht und im Wissen darum, dass der Mensch ein lernfähiges Wesen ist - und Politiker doch zuweilen menschliche Züge aufweisen -, habe auch ich mich zusammen mit meinen Parlamentskolleginnen und -kollegen, aber sicher auch mit dem Bundesrat und seiner Verwaltung, aufgemacht, unser Land für die neuen Entwicklungen im ICT Bereich fit

zu machen. Die Schweiz soll den Anschluss an die modernen Errungenschaften nicht verpassen, sich noch besser an der Spitze halten oder – falls dies noch nicht geschehen ist - sich dorthin aufmachen. Dass diese Zielsetzung Taten braucht und mehr als nur viele Worte beinhaltet, lässt sich leicht erkennen, wenn man sich vor Augen führt, wo überall die Politik die Entscheidungsprozesse der Gesellschaft mitbestimmt. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit die Digitalisierung der Gesellschaft durch die Politik getrieben wird oder – umgekehrt – wie die Gesellschaft selber die Politik in diesem Bereich vor sich hertreibt. Es ist nicht zu verkennen, dass die Politik als grösstenteils Verantwortliche für Bildung und Grundlagenforschung, aber auch engagiert in Teilen der angewandten Forschung und des Wissenstransfers, zunehmend eine treibende Kraft im ICT Bereich sein will. Mit dieser Zielsetzung ist die Politik heute schon eher eine treibende als auch eine getriebene Kraft. Sie wird sich künftig noch viel klarer positionieren. ICT trägt unter den fünf wichtigsten Wirtschaftssektoren knapp 30 Milliarden SFR zum Bruttosozialprodukt bei.

Die Politik als Verwalterin des Gemeinwesens ist jedoch auch eine grosse Verwenderin von ICT, investieren doch der Bund in der zentralen Bundesverwaltung, in den ihm angegliederten Institutionen, wie etwa dem ganzen ETH Bereich, den Sozialversicherungen, SBB, Post, Swisscom, Skyguide oder SRG grosse Mittel in die ICT Struktur.

Als engagierter Parlamentarier kommt man nicht umhin, sich den Herausforderungen von ICT zu stellen, unabhängig davon, ob man davon etwas versteht oder nicht, und auch unabhängig davon, ob einem dies interessiert oder nicht. Ich erinnere mich, dass es bei einer meiner allerersten Kommissionssitzungen vor 20 Jahren war, dass ich mich in der Geschäftsprüfungskommission mit der Informatikmisere der damaligen Bundespensionskasse, die arg in Schieflage stand, auseinandersetzen hatte. Und ich kann auf die Traktandenliste der jüngsten Sitzung der ständerätlichen Finanzkommission schauen, wo wir darüber brüteten, wie man sich im Rahmen der Staatsrechnung über den Stand der Informatikprojekte ein realistisches Bild machen könnte. Im Zeitraum dieser 20 Jahre sind eine Vielzahl von ICT Projekten auf der bundespolitische Bühne angestossen, geplant, realisiert, abgebrochen oder redimensioniert worden, wobei zugegebenermassen diejenigen eher in Erinnerung bleiben, die mit Pannen und Lecks versehen waren. Und all diejenigen, die zum Erfolg wurden, sind wahrscheinlich bei uns und in der Bevölkerung als Selbstverständlichkeit hingenommen worden. Darin – das kann ich mir vorstellen – steckt wahrscheinlich für einen Teil der IT-Branche auch ein gewisses Frustrationspotenzial, das – da kann ich sie trösten – in der Politik recht ähnlich ist. Wir werden auch meist kritisiert, wenn etwas schief läuft, während das Positive als Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Zugegeben: Ich rufe ja auch nicht dem Help Desk an, wenn mir bei meiner Arbeit mit dem PC etwas gelungen ist.

Kehren wir in Medias Res zurück. Wissend um die volkswirtschaftliche und die gesellschaftliche Bedeutung von ICT hat der Bundesrat vor zwei Jahren seine Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz vorgestellt. Darin erwähnt er eingangs, dass unser Land in diesem Bereich zwar gut aufgestellt sei. Damit wir

aber fit für die Zukunft seien, müssten noch einige Hausaufgaben erfüllt werden. Konkret beginne dies bei der Bildung, wobei hier jedoch auf der Grundstufe primär die Kantone in der Verantwortung stehen würden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die laufende Diskussion um den Lehrplan 21, bei dem Umfang, Integration in andere Fächer und das Verhältnis von Anwendung und Basisverständnis in der Computerwelt derzeit heftig diskutiert werden. Da Computernetze weltweit existieren und in Mikrosekunden grosse Datenmengen um die Welt geschickt werden können, muss die Schweiz sich in der ICT Ausbildung nicht mit dem europäischen Durchschnitt, sondern mit den führenden Nationen in Asien vergleichen. Wenn wir als Land in Zukunft nicht ganz vorne mithalten können, laufen wir Gefahr, von Asien wegen einiger Mikrosekunden Verspätung ausgebootet zu werden. Diese Angelegenheit ist ernst zu nehmen und muss unbedingt beachtet werden: Lokale Kuschelkurse, Arbeitsmüdigkeit oder Selbstgefälligkeit diesbezüglich könnten nachhaltigen Schaden verursachen.

Zudem meint der Bundesrat, dass die Menschen lernen sollten, im beruflichen wie auch im privaten Leben mit den Risiken von ICT adäquat umzugehen. Im wirtschaftlichen Umfeld gelte es, den Nutzen von ICT noch konsequenter voranzutreiben. Dazu seien die Wettbewerbsbedingungen bei den Infrastrukturen und den Diensten optimal auszugestalten. Dass dies nur bei einem investitionsfreundlichen Klima überhaupt möglich ist, ist zwar selbstverständlich, ist jedoch im politischen Alltag immer wieder eine Herausforderung. Bestehende, sich in der Vergangenheit bewährte Geschäftsmodelle müssen geprüft und überdenkt werden und die digitale Transformation – der Nutzen der IT jenseits einer 1:1 Abbildung bestehender Abläufe und Prozesse – muss vermehrt reflektiert und realisiert werden. Ich denke etwa an die wiederholten Revisionen des Fernmeldegesetzes, den Zugang von Drittanbietern auf das Netz des früheren Monopolisten oder an die Regulierung resp. an die Nichtregulierung des Zugangs zum Glasfasernetz.

Im übergeordneten Sinn weist der Bundesrat in seiner Strategie auf zwei wichtige Elemente hin. Zum einen wollen wir möglichst alle Generationen an den Vorteilen von ICT teilhaben lassen. Das ist oft leichter gesagt als getan; ja der Fortschritt kann zuweilen auch zum Nachteil derjenigen Menschen werden, die diesen technischen Fortschritt nicht mehr mittun können; so etwa, wenn ich an meine hochbetagten Eltern denke, die nicht mehr am Schalter der SBB ihr Billett kaufen können oder die den Schritt zum Internetbanking aus verständlichen Gründen nicht mehr getan haben.

Einen digitalen Graben will der Bundesrat aber auch zwischen den einzelnen Regionen vermeiden. Der freie und ansonsten durchaus lobenswerte Wettbewerb kann den nationalen Zusammenhalt insbesondere an jenen Orten gefährden, wo sich Investitionen nicht lohnen, weil das notwendige Mass an Nutzung für eine erwartete Rendite fehlt. Der Bundesrat verlangt gerade deshalb, dass auch bei Konzessionen von Telekomaniern die minimalen Übertragungskapazitäten landesweit einen gewissen Standard erreichen. Ich habe Verständnis, dass unsere peripheren Regionen auf Überwindung dieses möglichen digitalen Grabens pochen, ist es doch nachvollziehbar, dass sich international tätige Firmen nur dort niederlassen, wo sie über die weltweiten Kommunikationsnetze, mit einer hohen Bandbreite und einer

ebenso hohen Qualität verbunden sind. Insofern kommt dem Bund als Mitgestalter und teilweise gar als Mitbesitzer der Infrastrukturnetze eine wichtige Rolle als Garant für hochbreitbandige, leistungsstarke und offene Übertragungsnetze zu. Mit seiner eher zurückhaltenden Regulierung haben Bundesrat und Parlament in der Vergangenheit die Zielsetzung verfolgt, die Investitionsbereitschaft möglichst nicht zu beeinträchtigen und die Comcom hat mit ihren erfolgreichen Vermittlungsbemühungen dazu beigetragen, dass die verschiedenen Player – seien es Swisscom oder Elektrizitätswerke – statt gleichzeitig einzeln parallele, gemeinsam ein Glasfasernetz einziehen, deren vier Fasern in Zukunft auch Dritten zur Verfügung gestellt werden soll. Dass für die Berechnung dieses Zugangs je nachdem, ob man Anbieter oder Nachfrager ist, unterschiedliche Ansichten bestehen, ist nachvollziehbar. Hier muss der Bundesrat den goldenen Mittelweg finden, dass sich einerseits Investitionen für den Anbieter lohnen und sich keine Trittbrettfahrermentalität entwickeln kann, dass andererseits aber auch gegenüber dem Endkunden ein Wettbewerb spielen kann. Die Schweiz belegt heute weltweit die vordersten Ränge in der Telekommunikation- und Internet-Infrastruktur, was durchaus als erfolgreiches Resultat dieses Mittelweges angesehen werden kann. Deshalb freut es mich ganz besonders, an dieser Tagung die Innovationskraft neuer Automationsschritte in der Netzwerktechnik zu sehen, die auch dazu beiträgt, unsere Position im weltweiten Vergleich langfristig zu erhalten.

Ein wichtiges Element im Verhältnis von Staat und ICT ist die Thematik der Sicherheit. Der Bundesrat spricht in seinem Exposé von einer Sicherheitskultur, die sich im Umgang mit ICT entwickeln müsse. Wir können bei Edward Snowden beginnen, wir können auch bei der nächsten Abstimmung vom 18.5.2014 andocken, wo es um die Thematik Pädophilie geht, bei der die Gefahr des Internets immer auch im Fokus steht. Es geht einerseits um die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Thematik der Sicherheit im Umgang mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikationstechnologie, es geht andererseits aber auch um die Sicherheit des Staates selbst. Dass in Letzterem die Cyberkriminalität als eine mögliche Gefahr auch im Rahmen des neuesten sicherheitspolitischen Berichtes erkannt wurde, möchte ich nicht unerwähnt lassen. Dort schreibt der Bundesrat, dass er dem Schutz der Informatik-Infrastrukturen eine hohe Bedeutung zumesse. Er wolle dazu eine Strategie zur Bekämpfung von möglichen Angriffen auf diese Einrichtungen ausarbeiten. Diese müssten effiziente und wirksame Massnahmen gegen Spionage, unbefugte Beschaffung und Missbrauch von Daten sowie Angriffe auf eigene Netzwerke umfassen. Mitte 2012 hat der Bundesrat die «Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS)» und deren Umsetzungsplan mit 16 Massnahmen verabschiedet. Er will damit - in Zusammenarbeit mit Behörden, Wirtschaft und den Betreibern kritischer Infrastrukturen - die Cyber-Risiken minimieren, denen sie täglich ausgesetzt sind. Mit der Strategie verfolgt der Bundesrat drei Hauptziele: die frühzeitige Erkennung der Bedrohungen und Gefahren im Cyber-Bereich, die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von kritischen Infrastrukturen und die wirksame Reduktion von Cyber-Risiken. Für die Koordination der Umsetzungsarbeiten sorgt die bei der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) angesiedelte Koordinationsstelle NCS. Diese überwacht die Umsetzungsarbeiten, sorgt für den

Einbezug aller Beteiligten und setzt sich dafür ein, dass das gemeinsame Ziel «Sicherheit im Internet» verfolgt wird. Die Umsetzungsarbeiten sind in vollem Gange, und die Koordinationsstelle hat mit den für die 16 Massnahmen verantwortlichen Bundesämtern den Zielzustand, die Meilensteine und den Zeitplan für die jeweiligen Massnahmen definiert und in einer Roadmap festgehalten.

In der bundesrätlichen Strategie erwähnt unsere Landesregierung weitere Handlungsfelder, die ich hier kurz erwähnen möchte. Wir sprechen heute von E-Democracy oder E-Government. Damit ermöglichen wir der Bevölkerung eine neue Form der Partizipation an der politischen Entscheidungsfindung. Wenn hier die Schritte eher etwas zögerlich ausfallen, so spielt sicher die Angst vor Missbrauch mit. Auch ist ein solches Projekt letztlich nur mit den unteren föderalen Ebenen – sprich den Kantonen und Gemeinden – zu realisieren.

Nebst den elektronischen Abstimmungs- und Wahlmöglichkeiten ist im Verhältnis zwischen Bürger und Staat auch der Umgang mit Behördendaten und deren Informationen zu erwähnen. So will sich der Bundesrat dafür einsetzen, dass der Zugang zu den amtlichen Daten nutzerfreundlich und bedürfnisorientiert ausgestaltet wird. Ich glaube, dass hier schon viel gegangen ist. So kann ich mir schlicht nicht mehr vorstellen, dass ich die Steuererklärung nicht per Internet ausfüllen könnte, auch wenn ich mir nicht klar bin, weshalb die von mir ausgedruckte Vorlage in der Folge wieder über ein externes Büro, das zwar rechtlich schweizerisch, aber im amerikanischen Besitz ist, eingescannt werden muss. Hoffnungen für Erleichterungen und Fortschritte erhofft sich unsere Regierung auch im Bereich des Gesundheitswesens, was unter dem Stichwort E-Health bekannt ist. Die elektronische Patientenkarte mit der Möglichkeit, persönliche Gesundheitsdaten jederzeit – wenn wahrscheinlich auch selektiv - abrufen zu können, steht zurzeit in der parlamentarischen Debatte.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, einige Handlungsfelder der Bundesbehörden im Bereich der ICT hervorzuheben. Ich will jedoch nicht unerwähnt lassen, dass der Bund selbst ein grosser Anwender von ICT ist. Der Bundesrat hat sich selber eine IKT Strategie für die Jahre 2012 bis 2015 gegeben, die in der Folge zu jährlichen Masterplänen führt. Die Bundesausgaben für Informatik machten im vergangenen Jahr 480 Mio. SFR aus, was in etwa 10 Prozent der unter der Rubrik Sach- und Betriebsaufwand gemachten Mittel beinhaltet. Der Aufwand für die Informatik ist in etwa gleich hoch wie derjenige für Liegenschaften. Lassen Sie mich dazu eine persönliche Bemerkung als Parlamentarier machen. Informatikprojekte sind - teuer wie andere Investitionen auch – zu einem Bundesverwaltungsbereich geworden, der sich für uns als Oberaufsichtsbehörde nur schwer mitverfolgen, geschweige kontrollieren lässt. Der Erfolg oder der Misserfolg kleinerer Projekte wird von uns wohl kaum wahrgenommen. Bei Misserfolgen grösserer Vorhaben stehen wir dann vor einem Berg von Fragen. Ich denke etwa an FIS Heer oder an das Projekt Insieme der eidg. Steuerverwaltung. An letzterem «verstorbenen 100 Mio. teuren Patienten» führt eine Spezialkommission übrigens seit langem eine breite und nicht gerade einfache Untersuchung in der „Obduktionshalle“ durch. Letztlich wird das Resultat jedoch wohl beinhalten, dass man sagen wird, es brauche ein besseres

Vorgehen, eine professionellere Begleitung, eine engeres Controlling... die zuständigen Verantwortlichen sind jedoch nicht mehr vor Ort, und Bundesrat und Parlament haben seit Beginn dieses Projektes auch schon ordentlich gewechselt.

Ich komme zum Schluss: Dass in unserem Land im ICT Bereich schon viel getan wurde, ist feststellbar, löblich, für die Zukunft verheissungsvoll und gibt uns Mut, am Ball zu bleiben.

Dass die Schweiz den Wohlstand und das gute Funktionieren der Infrastruktur und der Verwaltung auch einer Informatik auf hohem Niveau verdankt, ist unbestritten. Es gilt in der Bildung die Voraussetzungen zu schaffen, dass wir bei der ICT-Weiterentwicklung ganz vorne mithalten können und dass die Innovation, die neuen Technologien und die Automatisierung so vorangetrieben werden, dass die Schweiz im internationalen Vergleich ganz vorne mithalten kann. Sie sind an diesem Anlass heute hier, um die nächste Generation Infrastrukturen kennenzulernen und einzusetzen: Das freut mich und macht mich auch ein bisschen stolz, dass ich heute bei Ihnen sein kann.

Dass es immer noch was zu tun gibt, habe ich am letzten Samstag an der GV der Zuger Kantonalbank erfahren, als 3000 Personen mit gegen 200'000 Aktien sich in der Eissporthalle zusammenfanden, um die Rechnung zu genehmigen und den Verwaltungsrat zu wählen. Da war, wie stets, alles perfekt bis ins kleinste Detail vorbereitet, bis dann bei der ersten Abstimmung das Televoting-System einen Totalcrash erlitt und man nach einigen für die stolze Zuger-KB etwas peinlichen Unterbrüchen entschied, von Hand abzustimmen, was insofern schwierig war, als nicht mehr die Zahl der Aktien, sondern nur mehr die Zahl der Personen festgestellt werden konnte. Das könnte aus einer kapitalistisch-kritischen Sicht durchaus begrüßenswert sein, wenn es auch nicht ganz den obligationenrechtlichen Vorgaben entsprechen würde. Sie sehen, meine Damen und Herren, auch im Informatikbereich ist noch nicht alles perfekt. Es bleibt für uns alle also noch einiges zu tun. Und – wie mein Beispiel zeigt - sollte man den Menschen – auch wenn er nur die Hand hochhalten kann – als letztes bewährtes Mittel nicht ganz vergessen.